GOZ-AUSLEGUNG

COVID-19-Hygienepauschale gekürzt? So können Sie dagegen argumentieren!

von Sabine Schmidt, Deutsches Zahnärztliches Rechenzentrum (DZR), Stuttgart

| Seit dem 08.04.2020 können Zahnarztpraxen aufgrund von Beschlüssen des „Beratungsforums für Gebührenordnungsfragen“ für den erhöhten Hygieneaufwand die COVID-19-Hygienepauschale analog nach Nr. 3010a GOZ berechnen, seit dem 01.10.2020 allerdings nur noch zum Einzelsatz. Diese Pauschale wurde bedingt durch die anhaltende Pandemie bereits dreimal verlängert – aktuell bis zum 31.03.2021. Zunehmend ist jedoch zu beobachten, dass private Kostenträger die Hygienepauschale – aus unterschiedlichsten Gründen – kürzen. Dieser Beitrag gibt Hilfestellungen, wie Praxen unberechtigten Kürzungen widersprechen können. |

Kürzungen der Nr. 3010a durch Kostenträger

Eigentlich sollte man davon ausgehen, dass private Kostenerstatter die Nr. 3010a GOZ anstandslos erstatten. Schließlich setzt sich das Beratungsforum neben Mitgliedern der Bundeszahnärztekammer auch aus solchen des PKV-Verbandes sowie der Beihilfestellen zusammen. Leider gibt es jedoch zwischenzeitlich hierzu andere Erfahrungen und es kommt zu Kürzungen der Nr. 3010a. Einige häufige Ablehnungsgründe werden nachfolgend genannt und erläutert.

So begegnen Sie Argumenten der Kostenerstatter

Es folgen vier Beispiele, wie Kostenerstatter die Kürzung der Nr. 3010a GOZ begründen und wie betroffene Praxen dagegen argumentieren können.

Beispiel 1: Nr. 3010a GOZ in Verbindung mit einer Extraktion

Eine Praxis stellt die Nr. 3010a GOZ in Verbindung mit einer Extraktion nach Nr. 3010 GOZ in Rechnung. Der private Kostenträger kürzt die Nr. 3010a.

■ Die Begründung des privaten Kostenträgers

„Gemäß der Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ) dürfen die Gebührensätze 2250, 2350, 2380, 2390, 3000, 3010, 3020, 3030, 3040, 3045, 3110, 3140, 3160, 3190, 3200, 3260, 3270, und 5100 der GOZ jeweils nur einmal am selben Zahn berechnet werden.“

Gegenargumentation: In diesem Fall hat die private Krankenversicherung vermutlich übersehen, dass die Nr. 3010 GOZ sowohl als reguläre als auch als Analogleistung berechnet wurde. In solchen Fällen ist die Nebeneinanderberechnung zulässig. Eine kurze Klarstellung der Sachlage ist hier hilfreich.

Beispiel 2: Nr. 3010a GOZ neben einer Füllungstherapie

Eine Praxis berechnet die Nr. 3010a GOZ neben einer Füllungstherapie. Das will die private Krankenversicherung nicht anerkennen.

Fehlauslegungen
oder Missverständnisse
als Ursache

Nr. 3010 neben 3010a
in einer Sitzung –
das geht!

■ Die Begründung des privaten Kostenträgers

„An den Kosten der Ziffer 3010a können wir uns nicht beteiligen. Es handelt sich hier um eine Teilleistung. Die Kosten sind bereits mit der Zielleistung abgegolten.“

Gegenargumentation: Das Beratungsforum für Gebührenordnungsfragen hat eindeutig geregelt, dass die Hygienepauschale je Sitzung für den erhöhten Hygieneaufwand berechenbar ist. Somit greift das in § 4 GOZ geregelte Zielleistungsprinzip nicht. Darauf sollte die Praxis den privaten Kostenträger hinweisen.

Beispiel 3: Nr. 3010a GOZ neben einer Endobehandlung

Eine Praxis hat bei einem Kassenpatienten mit privater Zusatzversicherung die Nr. 3010a GOZ neben einer Endobehandlung in Rechnung gestellt. Dies akzeptiert die private Zusatzversicherung nicht.

■ Die Begründung des privaten Kostenträgers

„Ihr Zahnarzt berechnet für den erhöhten Hygieneaufwand aufgrund der COVID-19-Pandemie ein privates Honorar. Er darf das, sofern es sich um eine reine Privatbehandlung handelt. Ist aber die gesetzliche Krankenversicherung beteiligt, so ist sie Kostenträger für entsprechende Hygieneartikel und Schutzausrüstungen. Die benötigten Hand- und Flächen-Desinfektionsmittel, Mund-Nasen-Masken und Einmalhandschuhe erhält der Zahnarzt von der Zahnärztekammer, die direkt mit der Kasse abrechnet. Die zusätzlich privat berechnete Ziffer lassen wir daher unberücksichtigt.“

Gegenargumentation: Richtig ist, dass die Hygienepauschale beim GKV-Patienten nur unter bestimmten Voraussetzungen berechnet werden kann (siehe BZÄK-Information „Fragen und Antworten zur Hygienepauschale“, www.de/s4487). Es ist jedoch keinesfalls richtig, dass der Zahnarzt die Desinfektionsmittel etc. von der Zahnärztekammer erhält. Um hier die Kürzung abzuwenden, sollte die Praxis darstellen, dass hier private Zusatzleistungen stattfanden, die nicht zulasten der GKV abgerechnet werden.

Beispiel 4: Desinfektionskosten nach BEB neben Nr. 3010a

Eine Praxis hat im Rahmen einer zahnärztlichen Behandlung die Nr. 3010a GOZ neben der parallel im Eigenlabor durchgeführten Desinfektion nach BEB berechnet. Der private Kostenträger kürzt die Desinfektionskosten.

■ Die Begründung des privaten Kostenträgers

„Die Desinfektionskosten im Eigenlabor erstatten wir nicht. Für einen zusätzlichen Hygieneaufwand während der COVID-19-Pandemie kann Ihr Zahnarzt als Honorar nur die Hygienepauschale nach Ziffer 3010a berechnen.“

Gegenargumentation: In diesem Fall sollte die Zahnarztpraxis klarstellen, dass es sich hierbei um völlig getrennte Leistungen handelt. Die Hygienepauschale wird für den bei der zahnärztlichen Behandlung entstehenden Aufwand berechnet – die Desinfektion nach BEB hingegen kann für die Eingangs- und Ausgangsdesinfektion von zahntechnischen Werkstücken oder Abformungen im zahnärztlichen Labor berechnet werden. Beide Leistungen sind nebeneinander berechnungsfähig.

Zielleistungsprinzip greift bei der Hygienepauschale nicht

Auf reine Privatbehandlung des GKV-Patienten hinweisen

Es handelt sich um völlig getrennte Leistungen

EINSICHTS- UND AUSKUNFTSRECHT

DSGVO-Auskunftsanspruch des Patienten umfasst kostenlosen PDF-Versand der Patientenakte

von Anja Mehling, RAin und FAin für MedR, Hamburg

Wenn Patienten mangel- oder fehlerhafte zahnärztliche Leistungen vermuten, möchten sie oft ihre Behandlungsunterlagen einsehen. Dabei kollidiert das Recht des Patienten auf Einsicht gemäß § 630g Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) teilweise mit seinem Auskunftsrecht gemäß Art. 15 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), so insbesondere beim Umfang und bei der Kostenregelung. Bis dato ist unklar, in welchem Verhältnis die beiden Vorschriften stehen (vgl. PA 01/2019, S. 6 ff.). Das Urteil des Landgerichts (LG) Dresden vom 29.05.2020 (Az. 6 O 76/20) ist das erste Statement in der Judikative. |

Regelungen von § 630g BGB und Art. 15 DSGVO im Vergleich

Das Recht des Patienten auf Einsicht in die Original-Behandlungsunterlagen ist in § 630g Abs. 1 BGB normiert. Nach § 630g Abs. 2 BGB kann der Patient Fotokopien gegen Kostenerstattung erhalten. Mit Wirksamwerden der DSGVO wurde daneben in Art. 15 das Recht des Patienten begründet, Auskunft vom behandelnden Zahnarzt über die bei diesem verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Während § 630g Abs. 2 BGB eine Kostentragungspflicht für Kopien regelt (üblicherweise 0,50 Euro/Seite zzgl. Versandkosten), ist eine erste entsprechende Auskunftserteilung nach Art. 15 Abs. 3 DSGVO mit Verweis auf Art. 12 Abs. 5 S. 1 DSGVO kostenlos.

Der Fall

Eine Patientin machte nach einer stationären Behandlung im Krankenhaus Auskunftsansprüche gegen den Krankenhausträger geltend und forderte die kostenlose Übermittlung der Behandlungsunterlagen im PDF-Format. Sie bezog sich dabei auf Art. 15 Abs. 3 DSGVO, wonach das erste Erteilen einer Auskunft grundsätzlich unentgeltlich ist. Der Krankenhausträger bot eine Übersendung der Unterlagen auf einem Datenträger für 5,90 Euro zzgl. Versandkosten an und lehnte eine Übersendung ohne Kostenübernahmeerklärung ab. Dagegen klagte die Patientin.

Die Entscheidungsgründe

Das LG Dresden verurteilte den Krankenhausträger dazu, der Patientin eine unentgeltliche Auskunft über die sie betreffenden personenbezogenen Daten zu erteilen und ihr die vollständigen Behandlungsdokumentationen im PDF-Format zu übermitteln. Das Gericht stellte fest, dass der Patientin gemäß Art. 15 Abs. 3 DSGVO der Auskunftsanspruch im geltend gemachten Umfang neben der spezialgesetzlichen Regelung des § 630g BGB zusteht. Das Auskunftsrecht nach Art. 15 DSGVO schließt das Recht auf Auskunft über die eigenen gesundheitsbezogenen Daten ein (Erwägungsgrund 63 DSGVO).

Auskunftsrecht nach DSGVO besteht neben Einsichtsrecht nach BGB

Art. 15 DSGVO normiert kostenlosen Erstauskunftsanspruch

LG Dresden verurteilt Krankenhaus zum kostenlosen Datenversand